

SHORT NEWS

CSV entdeckt Kapitalismus neu

„Die Grünen sind kapitalistischer als wir in unseren schlimmsten Zeiten“, so das Fazit des CSV-Oppositionsführers im Gemeinderat der Stadt Luxemburg anlässlich einer Pressekonferenz. Laurent Mosar skizzierte ausführlich die „Pannenserie“ des Verkehrsschöffen François Bausch in Sachen „Vel'oh!“-Vertrag mit der Werbefirma Decaux. Dabei berief er sich ausdrücklich auf ein Interview der Gebrüder Decaux in „La Tribune“. Dort erläutern die beiden Co-Direktoren, worum es ihrem Unternehmen - für Mosar offenbar völlig überraschend - in der Hauptsache geht: Um Profitmaximierung. Nun wirft der studierte Wirtschaftsanwalt Mosar dem aktuellen Schöffenrat vor, dieser habe sich bei den Verhandlungen „über den Tisch ziehen lassen“. „Gréng gët deier“, so der CSV-Politiker - die Stadt-Luxemburger würden jetzt zur Profitsteigerung des Decaux-Unternehmens herangezogen. Dass Decaux seit Jahrzehnten mit Luxemburg Geschäfte macht und unter anderem die Werbeflächen an mehreren Hundert Bushäuschen exklusiv vermarktet, scheint Mosar nicht mehr gegenwärtig zu sein. Ausgehandelt wurde der Deal seinerzeit von einem Schöffenrat, dem die CSV angehörte. Damals hieß es, die Stadt spare Millionen, da Decaux die durchweg maroden Bushäuschen durch seine weltweit standardisierten windigen, aber umso werbefreundlicheren Kabinen ersetze. Wer wurde wohl damals über den Tisch gezogen?

Beaucoup de bruit pour pas grand-chose

Cela avait déjà causé quelques remous dans le milieu associatif étranger : la tenue de la réunion constituante du Conseil national des étrangers (CNE) le 27 octobre 2007, alors que les nominations ont été fixées par arrêté ministériel un mois plus tard, soit le 28 novembre. En plus, les élections des représentant-e-s s'étaient déjà déroulées en juillet. Dans une question parlementaire, le député vert Félix Braz s'enquiert auprès de la ministre de la famille Marie-Josée Jacobs (CSV) de ces retards et de la légalité d'une réunion d'un organe pas encore officiellement constitué. Elle y relativise les retards en rappelant que les réunions constituantes des deux mandats précédents s'étaient déroulées sur les mêmes périodes. En effet, les nominations des délégués du Syvicol, du patronat et des syndicats sont parvenues au ministère entre septembre et octobre. La fonction publique a été plus lente : la dernière nomination des administrations concernées est parvenue le 26 novembre. Mais, souligne la ministre, au mois d'octobre, les noms des délégués des ministères avaient déjà été communiqués oralement. Le ministère ne voulait tout simplement pas trop retarder les travaux. Comme quoi, la fonction publique peut se montrer bien flexible.

woxx@home

Wake me up, before you go go ...

Die Frage Was-wäre, wenn ... ist äußerst beliebt in der Redaktion - nicht nur im Bereich der politischen Erörterungen, auch bei belanglosen gedanklichen Planspielen. Was-wäre, wenn ... man den Redaktionsschluss am Donnerstag verschlafen würde? Schier undenkbar - so die allgemeine Meinung. Schließlich hat hier jeder eine ausgefeilte Aufstehstrategie entwickelt: Etwa jene, dass der Wecker in der Ecke, weit weg von der Schlafstätte, aufgebaut wird. Nun jedoch gibt es eine Weltneuheit, die so recht ins Mark geht: eine Wifi Donation Alarm Clock. „Wack up to the smell of ... Animosity“, so lautet der Werbespruch des neuen Wecksystems. Das Effektive an dieser Weck-Attacke ist, dass man per Wifi direkt mit dem eigenen Konto verbunden ist. Und im Fall eines Verschlafens sofort ein Geldbetrag an eine verfeindete politische Partei oder Organisation überwiesen wird. Das was-wäre-wenn-Gedankenspiel hätte in diesem Fall also drastische Konsequenzen.

AKTUELL

ARCELOR-MITTAL

Unsaubere Genehmigungen

Raymond Klein

Das Gemüse aus Gärten rund um Stahlwerke ist seit Jahren toxisch belastet. Statt Arcelor neue Genehmigungen zu erteilen solle das Umweltministerium die alten überprüfen, fordern UmweltschützerInnen.

Es ist nicht bekannt, ob Tulpen durch die Belastung mit Schwermetallen und Dioxinen den Kopf schneller hängen lassen oder die Farbe wechseln. Wer allerdings in verschiedenen Minetts-Städtchen einen Gemüsestatt eines Blumengartens angelegt hat, muss damit rechnen, seinen Salat regelmäßig wegzuschmeißen. Schuld daran, dass die Umweltverwaltung Blattgemüse als „nicht geeignet für den Verzehr“ oder „ungeeignet als Tierfutter“ einstuft, sind aller Wahrscheinlichkeit nach die Emissionen aus den Arcelor-Mittal-Elektrostahlwerken. Weil jetzt neue Genehmigungsverfahren für die Anlagen in Esch-Belval und Esch-Schiffingen anstehen, haben der „Mouvement écologique“ und die Bürgerinitiative „Stop Dioxin“ am vergangenen Mittwoch bei einer Pressekonferenz ihren Standpunkt dargelegt.

Die Messkampagnen der Umweltverwaltung werden im Pressedossier uneingeschränkt gelobt, aber: „Obwohl punktuelle Verbesserungen an den drei Elektro-Öfen vorgenommen wurden brachten diese nicht den gewünschten Erfolg. Im Gegenteil, man kann vielmehr von einer chronischen Schadstoffbelastung des Gemüses in der Nachbarschaft der Elektro-Öfen reden.“ Dass jetzt „substanzielle Änderungen“ - Verbrennung von Altreifen und Produktionserhöhung um 14 Prozent in Esch-Belval, Produktionserhöhung um 29 Prozent in Esch-Schiffingen - genehmigt werden sollen, ohne die langjährigen Probleme im Griff zu haben, ist für die Umwelt-NGOs nicht nachvollziehbar.

Was die Verbrennung von Altreifen angeht, so zeigt man sich erstaunt, dass das von Arcelor eingereichte Kommodo-Dossier weder den Anforderungen der nationalen noch der europäischen Gesetzgebung entspricht. Der Escher Schöffenrat hatte sich ebenfalls über die fehlenden Informationen beschwert und eine Begutachtung des Dossiers verweigert. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass

der Staat die Umsetzung der Richtlinie zur „Integrated pollution prevention and control“ (IPPC) verschlampt hat und von der EU-Kommission zur Rechenschaft gezogen wurde. Die umstrittenen Punkte betreffen die einzusetzenden Technologien und die regelmäßige Überprüfung von Genehmigungen.

Nicht verschlampt hat die Regierung dagegen die Umsetzung der Stockholm-Konvention, die auf den Schutz von Umwelt und Gesundheit vor hochtoxischen Stoffen wie Dioxinen und Furanen abzielt. Man begrüße, so Mouvement und Stop Dioxin, die baldige Verabschiedung eines nationalen Aktionsplans, der den geeigneten Rahmen bietet, „um in Zukunft den Ausstoß höchstgiftiger Substanzen aus den Elektrostahlwerken nachhaltig zu reduzieren“. Interessant ist eine Zahl, die die NGOs aus dem Entwurf dieses Plans zitieren: Über 80 Prozent aller Emissionen stammen aus den Stahlwerken. Damit dürfte das Argument der Arcelor-Vertreter, man könne nicht wissen, ob die Belastung nicht aus anderen Industrieanlagen komme, endgültig vom Tisch sein.

Auch deren ständig wiederholte Behauptung, die Grenzwerte für die Luxemburger Stahlwerke seien die strengsten weltweit, misstrauten die NGOs. Nun zeigt eine von ihnen geordnete Studie, dass die Emissionen deutscher und französischer Anlagen durchaus niedriger sind als die hiesigen. So sehen sich die Kritiker darin bestärkt, substanzielle Verbesserungen zu fordern: Das Umweltministerium solle neue, aktualisierte Betriebsgenehmigungen für alle drei Arcelor-Elektrostahlwerke erstellen. Dabei müsse unter anderem das Prinzip der Anwendung der bestverfügbaren Technologien zur Geltung kommen. Die alten Genehmigungen und das Altreifen-Kommodo seien damit hinfällig.

www.oeko.lu